

Familientreffen mit Party und Wiederwahl

Die CDU trifft sich zum Parteitag. Angela Merkel wird nicht da sein, aber Markus Söder. Und Friedrich Merz hofft auf 90 Prozent plus x.

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN 1001 Delegierte, anders als sonst fast alle in einem Hotel untergebracht: Der am Montag beginnende CDU-Parteitag in einem riesigen Berliner Kongresszentrum soll auch zu einem Mega-Event der „Unionsfamilie“ inklusive Party werden, wie es heißt. Beim dreitägigen Parteitag geht es aber um weit mehr.

Signal

Nach der Niederlage bei der Bundestagswahl 2021 will die CDU ihre programmatische und personelle Neuaufstellung besiegeln. Generalsekretär Carsten Linnemann sagte kürzlich unserer Redaktion, er erhoffe sich ein Signal „der Geschlossenheit und klare Inhalte, mit denen uns die Menschen wieder verbinden“. Auch rechne er mit kontroversen Debatten: „Wenn wir bei diesem Parteitag nicht frische Luft reinlassen, wann dann?“

Kontroversen

Da wäre die Atomkraft. Im Grundsatzzprogramm bekennt sich die Union zu dieser Energieform, freilich nicht zur Kernenergie der alten Machart. Es gibt Anträge, die aber einen kompletten Verzicht fordern. Dann könnte es eine Debatte über die Rückkehr der Wehrpflicht geben. Noch plädiert die Union für ein „verpflichtendes Gesellschaftsjahr“. Auch eine Aufweichung der Schuldenbremse wird womöglich Thema werden.

Wiederwahl

Der erste Tag des Parteitages steht ganz im Zeichen der Wiederwahl

von Friedrich Merz. Vor zwei Jahren wurde der 68-Jährige bei einem digitalen Parteitag gewählt mit 94,6 Prozent. Intern wird auf ein Ergebnis über 90 Prozent gehofft. Die Kandidaturen für die Vizechefs, für Präsidium und Bundesvorstand wurden im Vorfeld „geglättet“. Gerangel dürfte es bei den Beisitzern geben. Dass Generalsekretär Carsten Linnemann im Amt bestätigt werden wird, steht außer Frage.

Kanzlerkandidatur

Die K-Frage soll nach dem Wil-

len der Parteiführung keine Rolle spielen auf dem Konvent. „Es gibt einen Fahrplan, der vorsieht, dass im Herbst dieses Jahres eine Entscheidung getroffen wird, und daran halten wir uns“, heißt es. Für Merz ist der Parteitag dennoch eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Kanzlerkandidatur – manch einer erhofft sich ein Signal des Vorsitzenden, dass er auch will. Mit besonderer Spannung wird zudem die Rede von CSU-Chef Markus Söder erwartet. Er könnte versucht sein, Merz die Schau zu stehlen – oder

aber ihm den Rücken stärken. Bei Söder weiß man nie.

Europa

Die Europawahl wird am dritten Tag des Konvents das bestimmende Thema sein. Erwartet wird ein Auftritt von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, mit der die Union bei der Wahl am 9. Juni als Spitzenkandidatin in Rennen geht. Das Problem ist, dass von der Leyen nicht sonderlich beliebt ist in der CDU. Deutliche Kritik gibt es an dem aus Sicht der Partei zu

weit gehenden „Green Deal“, mit dem Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent werden soll. Konkret erhitzt vor allem das Aus für den Verbrenner ab 2035 die CDU-Gemüter.

Schlussstrich

Beobachter sehen in dem kommenden Parteitag auch den endgültigen Schlussstrich mit der Ära Angela Merkel. Die frühere Kanzlerin wird nicht erscheinen. Albrecht von Lucke, Politikwissenschaftler der „Blätter für Deutsche und Inter-

nationale Politik“, sagt, Merkel begreife sich „offensichtlich nur noch als Ex-Kanzlerin, aber nicht mehr als ehemalige CDU-Vorsitzende“. Merz und mehr noch Generalsekretär Linnemann würden bei jeder möglichen Gelegenheit deutlich machen, „dass es ihnen auf einen grundlegenden Neustart nach der Ära Merkel ankommt – was wiederum Merkels Absetzbewegungen von der aktuellen Parteispitze nur umso mehr verstärkt“. Auf dem Parteitag dürfte das wohl noch einmal deutlich werden.



CDU-Chef Friedrich Merz soll auf dem am Montag beginnenden Parteitag der Union wiedergewählt werden.

FOTO: MICHAEL KAPPELER/DPA

INFO

Die CDU wird konservativer

Grundsatzprogramm Am zweiten Tag des Parteitages will die CDU erstmals seit 2007 ein neues Grundsatzprogramm beschließen. Mehr als 2100 Änderungsanträge erreichten im Vorfeld des Treffens die Antragskommission.

Abgrenzung Das rund 70 Seiten umfassende Programm ist eine klare Abgrenzung zu den Ampel-Parteien, etwa in der Steuer- und Finanzpolitik, bei der Rente oder in gesellschaftlichen und energiepolitischen Fragen.

Wandel Die Union wird zudem deutlich konservativer. Der Begriff der Leitkultur kehrt zurück, es heißt auch: „Ein Islam, der unsere Werte nicht teilt und unsere freiheitliche Gesellschaft ablehnt, gehört nicht zu Deutschland.“

Unterschiedliche Ideologie, gleiches Reizthema

Nach der Kalifatsdemo in Hamburg wird über ein Verbot der Gruppe „Muslim Interaktiv“ debattiert. Auch das Islamische Zentrum nutzt den Nahostkrieg aus.

VON MEY DUDIN UND JANA WOLF

HAMBURG Erneut gab es in Hamburg islamistische Umtriebe: Am vergangenen Samstag fand eine Demonstration mit mehr als 1000 Teilnehmern statt, die von der Gruppierung „Muslim Interaktiv“ organisiert wurde. Nun werden Forderungen nach einem Verbot laut. Diese richten sich seit Langem auch gegen das Islamische Zentrum Hamburg (IZH). Das IZH betreibt die „Blaue Moschee“ in Hamburg und gilt als wichtigstes schiitisches Zentrum in Deutschland. Schon seit 1993 wird es vom Hamburger Verfassungsschutz beobachtet und als islamistisch eingestuft. Die Behörde schätzte das IZH 2017 als „Instrument der iranischen Staatsführung“ ein. Im November

2023 fand eine Großrazzia gegen das IZH und fünf weitere Vereinigungen in sieben Bundesländern statt. Es besteht der Verdacht, dass sich das Zentrum gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet und die in Deutschland verbotenen Aktivitäten der Terrororganisation Hisbollah unterstützt.

Man führe weiterhin „mit hoher Priorität“ die Ermittlungen gegen das IZH, sagte Innenministerin Nancy Faeser (SPD). Das bei der Großrazzia sichergestellte Material werde intensiv ausgewertet. „Aber im Rechtsstaat ist auch klar: Weitere Maßnahmen müssen rechtssicher sein“, so Faeser.

Bei „Muslim Interaktiv“ handelt es sich um eine junge, überwiegend männliche Gruppierung, die vor al-

lem im Internet für ihre Positionen wirbt – etwa auf den Plattformen Tiktok oder Youtube. Ihr Logo: ein Blutstropfen und die Kaaba, das würfelförmige Heiligtum des Islam in Mekka. Auch wenn sie lauthals nach dem „Kalifat“ ruft oder „Allahu Akbar“ brüllt – der Gruppe geht es weniger um die Auslegung des Korans und die Regeln der Scharia, sondern vor allem darum, Muslime als Opfer von Rassismus und Kolonialismus darzustellen. Sämtliche Videoclips transportieren die Botschaft: Wir gegen sie. Wir, das sind demnach diskriminierte Muslime, und sie, das ist die deutsche Mehrheitsgesellschaft – und allen voran Journalisten und Politiker, die den Islamisten zufolge „Verleumdungskampagnen“ führten.

Von der inhaltlichen Ausrichtung sind das Islamische Zentrum und „Muslim Interaktiv“ grundverschieden. Allerdings gibt es aktuell ein Thema, das sie eint: der Krieg in Gaza. Nach den Worten von Nina Dierkes, beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) zuständig für Islamismus und islamistischen Terrorismus, instrumentalisieren islamistische Organisationen den Nahostkonflikt für ihre eigene Ideologie. „Ihr Deutungsmuster ist es, dass Muslime in Deutschland in der derzeitigen Politik und in der medialen Landschaft keinen Platz haben, dass man sich deswegen abgrenzen müsse und dass nur sie eine richtige Alternative darstellen können, in ihrer islamistischen Organisation und in ihrer islamistischen Ideo-

logie“, sagte Dierkes vergangene Woche bei einem BfV-Symposium. Demnach nutzen diese Gruppierungen die Präsenz des Nahostkonflikts, „um ihr Opfernarrativ der Muslime erneut zu bekräftigen“, so Dierkes. „Muslim Interaktiv“ beruft sich auf die Meinungs- und Weltanschauungsfreiheit. Der Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Frank Schwabe (SPD), stellt aber klar: „Hass und Hetze und eine Untergrabung der freiheitlich demokratischen Grundordnung haben mit Religionsfreiheit natürlich nichts zu tun. Im Gegenteil, sie untergraben den Gedanken der Achtung der Menschenrechte – und damit auch der Religions- und Weltanschauungsfreiheit – in einem de-

mokratischen pluralistischen politischen System.“

Im Fokus sind junge Muslime der zweiten oder dritten Generation von Migrantinnen und Migranten. Die Islamisten von „Muslim Interaktiv“ versuchen, bei ihnen mit der Erzählung durchzudringen, dass sie für immer fremd in Deutschland bleiben werden, ganz gleich, wie sehr sie sich darum bemühen dazuzugehören. Als vermeintliche Belege werden immer wieder die Debatten um die Fußballprofi Mesut Özil oder Antonio Rüdiger genommen, insbesondere Özils Vorwurf, er sei „Deutscher, wenn wir gewinnen, und ein Immigrant, wenn wir verlieren“. Das fällt vor allem bei Jugendlichen, die sich benachteiligt fühlen, auf fruchtbaren Boden.

1. Mai in Berlin weitgehend friedlich

BERLIN/STUTTGART (dpa) Bei Demonstrationen zum 1. Mai ist es in der Hauptstadt Berlin weitgehend ruhig geblieben. Die Berliner Polizei sprach nach dem Großeinsatz von einem friedlichen Verlauf. Nur vereinzelt habe es Störungen und Festnahmen gegeben. Zuvor befürchtete Zwischenfälle oder Gewaltausbrüche angesichts der aufgeladenen Stimmung im Nahostkonflikt blieben aus. Nach Schätzung der Polizei nahmen knapp 12.000 Menschen an der Demo teil. Bei einer ähnlichen Demonstration in Stuttgart sei es hingegen zu Gewalt und einer Reihe Verletzter gekommen. Der Protestzug wurde schließlich aufgelöst. Nach Angaben der Polizei wurden Einsatzkräfte unvermittelt mit Pfefferspray, Dachlatten mit Schrauben, anderen Schlagwerkzeugen, Schlägen und Tritten attackiert. 25 Einsatzkräfte und drei Polizeipferde seien verletzt worden, 167 Personen vorläufig festgenommen, teilte die Polizei am Mittwochabend mit.

Lauterbach präsentiert Plan zu Suizidvorbeugung

BERLIN (kna) Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat eine Nationale Suizidpräventionsstrategie vorgestellt. Unter anderem sollen eine bundesweite Koordinierungsstelle für Beratungs- und Kooperationsangebote, eine zentrale deutschlandweite Krisendienst-Notrufnummer sowie Schulungen für Fachkräfte in Gesundheitswesen und Pflege geschaffen werden. Auch die Forschung zu Suizidversuchen und Suiziden soll ausgebaut werden. Darüber hinaus plädiert der Minister für eine Zugangsbeschränkung unter anderem zu Gleisanlagen, Brücken und Hochhäusern. Jährlich nehmen sich in Deutschland mehr als 9000 Menschen das Leben.

Info Kreisen Ihre Gedanken darum, sich das Leben zu nehmen? Sprechen Sie mit anderen Menschen darüber. Die Telefonseelsorge ist anonym, kostenlos und rund um die Uhr erreichbar. Die Telefonnummern sind 0800 110111 und 0800 110222.

Ausgerechnet im Jahr der Taufe

Die evangelische Kirche wird kleiner und ärmer. Im Rheinland ist die Zahl der Austritte gestiegen.

VON BENJAMIN LASSIWE

DÜSSELDORF Wie die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) am Donnerstag in Hannover mitteilte, gehörten zum Stichtag 31. Dezember noch 18,56 Millionen Menschen einer der evangelischen 20 Landeskirchen an. Das sind rund 3,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Einbußen verzeichnete die evangelische Kirche 2023 auch beim Kirchensteueraufkommen: Laut jüngster Kirchensteuerstatistik lag das Netto-Gesamtaufkommen an Kirchensteuern 2023 mit etwa 5,9 Milliarden Euro rund 5,3 Prozent unter dem Vorjahresaufkommen. 2022 gab es noch einen konjunkturbedingten Anstieg von 4,1 Prozent.

„Wir werden eine kleinere und ärmere Kirche, dieser Tatsache müssen wir uns stellen“, sagte die amtierende EKD-Ratsvorsitzende, die Hamburger Bischöfin Kirsten Fehrs. „Auch mit weniger Mitgliedern bleibt es aber unsere Aufgabe,

uns für Nächstenliebe, Menschlichkeit und die Weitergabe des christlichen Glaubens einzusetzen.“

Der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKir) gehörten demnach zum 31. Dezember 2023 noch 2,19 Millionen Menschen an. Ende 2022 waren es 2,26 Millionen gewesen. Dabei ist die Zahl der Kirchen-



Der rheinische Präses Thorsten Latzel.

FOTO: EKIR/DOMINIK ASBACH

austritte im Rheinland im Vergleich zu den Vorjahren noch einmal deutlich gestiegen: 2023 haben 47.700 Menschen die Ekir verlassen, 2021 waren es nur 33.000. Die westfälische Landeskirche zählte Ende 2023 noch 1.944.200 Mitglieder. Damit blieb diese Landeskirche stabiler als der Bundesdurchschnitt: Sie verzeichnete nur einen Rückgang der Mitgliederzahl um 2,8 Prozent.

Bemerkenswert ist in diesem Jahr indes eine andere Zahl: Rund 14.800 Menschen wurden 2023 in der Ekir getauft. 2022 waren es noch 18.114 Taufen – die Zahl ist also rückläufig, obwohl die EKD und die Landeskirchen 2023 gerade als „Jahr der Taufe“ begangen haben. Auch in Westfalen nahm die Zahl der Taufen ab: Nur 13.300 Menschen wurden in der Landeskirche 2023 getauft, 2022 waren es noch 15.600.

„Die neuesten Zahlen zur Kirchenentwicklung schmerzen“, sagte der rheinische Präses Thorsten Latzel am Donnerstag. „Jeder Austritt ist

einer zu viel, weil wir den Kontakt zu Menschen verlieren und weil er die Gemeinschaft schwächt.“ Die Ekir werde aber auch als kleiner werdende Kirche „weltoffen für andere da sein, und wir werden den Kontakt zu unseren Mitgliedern stärken“. Die Kirche definiere sich letztlich nicht durch Zahlen: „Zentral ist, dass wir unseren Glauben leben, Liebe üben und von der Hoffnung zeugen, die wir in Jesus Christus haben. Danach gibt es eine große Sehnsucht.“

Noch keinen Eingang in die Statistik gefunden hat die Veröffentlichung der sogenannten Forum-Studie zum sexuellen Missbrauch in der evangelischen Kirche: Die Studie, die der evangelischen Kirche ein schweres Versagen in der Aufarbeitung von Missbrauchstaten vorhielt, erschien erst im Januar 2024, also nach dem Stichtag der Mitgliederstatistik. Erste Zahlen staatlicher Stellen deuten jedoch darauf hin, dass die Austrittszahlen seitdem weiter deutlich gestiegen sind.